

Countdown läuft: Rat setzt Stadtdirektor Frist für Lösung

Soll die Stadt Versicherung und Steuern eines Bullis der Jugendwehr übernehmen? / „Die Jugendlichen sind die Dummen“

Obernkirchen (rnk). Auch neun Monate nach dem ersten Antrag gibt es noch keine Entscheidung in der Frage, ob die Stadt die Kosten für Versicherung und Steuern eines Bullis übernehmen wird, den der Gelldorfer Förderverein für seinen Feuerwehrynachwuchs gekauft hat. Im Rat wurde die Frage nach längerer Debatte vertagt – um zwei Monate, in der Stadtdirektor Wilhelm Mevert das Problem lösen soll.

Mevert selbst hatte sich stets gegen die Übernahme des Anteils ausgesprochen, weil so ein „Präzedenzfall“ geschaffen werden würde. Eine „Insellösung“ sei keine Lösung, betonte er im Stadtrat und verwies auf die Neustrukturierung der Wehren: Es sollten dabei für alle Jugendwehren Transportmittel geschaffen werden, nicht von den einzelnen Ortswehren für ihre Jugendlichen. Vor dem Hintergrund der angestrebten Überlegungen zur Neustrukturierung der Freiwilligen Feuerwehr Stadt Obernkirchen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung mit dem klaren Ziel der Straffung des Feuerwehrwesens in der Stadt Obernkirchen, so Mevert, „kann eine Insellösung für eine einzelne Ortsfeuerwehr nicht hilfreich sein“; das mögliche Problem des Transports von jugendlichen Feuerwehrkameraden müsse vielmehr insgesamt für die Freiwillige Feuerwehr im gesamten Stadtbereich gelöst werden. Diese Problematik müsste daher vor diesem Hintergrund noch einmal neu von der Verwaltung mit dem Stadtkommando überdacht werden, schlug Mevert vor. SPD-Fraktionsvorsitzender Wilhelm Mevert plädierte erneut für die Übernahme der Kosten. Der SPD-Ortsverein Gelldorf hatte damals den Antrag gestellt und im Ortsrat eine Mehrheit gefunden. Würden die Kosten übernommen, dann hätte man die Gelldorfer Jugendlichen der Feuerwehr in den gleichen – mobilen – Stand gesetzt wie den Nachwuchs in den anderen Wehren auch, argumentierte Mevert. Diese Lösung solle solange gelten, bis die angesprochene Gesamtlösung umgesetzt werde.

Martin Schulze-Elvert (Mitte) sah es gänzlich anders: Die Mehrheit der „Mitte“ habe das Stadtkommando aufgefordert, eine andere Lösung zu finden. „Man setzt sich zusammen und denkt nach, wie man etwas anders macht.“ Das Kommando habe allerdings zurückgeschrieben, dass die Kosten für das Fahrzeug übernommen werden sollten. Dies wiederum breche eine Absprache: „Die Wehren müssen mit dem Geld auskommen“.

Mitte-Sprecherin Beate Krantz war „geschockt“, als sie das Schreiben des Kommandos gelesen habe: „Keine Argumentationslinie, kein Wort, wie das Problem gelöst werden kann. Es steht nur drin, wir brauchen das Fahrzeug. Die Dummen sind die Jugendlichen, die das Spiel aushalten müssen“.

Bernhard Gläser (SPD) verwies auf das generelle Problem: Alle Jugendlichen der Ortswehren könnten nur am Montagabend üben, weil alle anderen Termine belegt seien. Was eine Lösung des Transportproblems deutlich erschwere.

Heinrich Struckmeier (CDU) wollte nach eigenen Worten zwar „keineswegs als Totengräber der Feuerwehr“ in die Stadtgeschichte eingehen, sah aber für die Feuerwehr eine neue Zeit anbrechen: „Wenn wir nicht auf die geänderten Rahmenbedingungen reagieren, werden wir von ihnen überrollt.“ Struckmeier rechnete Rat und Verwaltung vor, dass es nicht, wie bis dahin immer diskutiert, drei, sondern vier Bullis gebe: jeweils einen in Krainhagen und Vehlen und zwei in Obernkirchen – den alten und den neuen Bulli. Auf seine Anfrage, so Struckmeier, wie der für den Transport der Jugendlichen eingesetzt werde, habe er als Antwort erhalten: „Den nehmen wir nicht“.

Andreas Hofmann (WGO) tastete sich dann vorsichtig an einen letzten Kompromiss heran: Man möge dem Stadtdirektor zwei weitere Monaten Zeit geben, um in weiteren Gesprächen eine Lösung zu finden. Verwaltungschef Mevert nahm die Vorlage auf und ließ keinen Zweifel, dass er für den Fall, dass es keine Lösung geben werde, in seiner Eigenschaft als Stadtdirektor und damit als oberster Dienstherr der Feuerwehr allein eine Entscheidung treffen und sie dann im Verwaltungsausschuss mitteilen würde. Bürgermeister Horst Sassenberg blieb das letzte Wort: „Der braucht garantiert keine zwei Monate für eine Lösung.“